

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 19. September 1930
12. Jahrgang, Nummer 218

erschint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: wöchentl. 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch d. Post bezogen monatl. 2,80 Mk., unter Schutzband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die dreizehngestaltene Mittelzeile ob. deren Raum 12 Pf., Einzel- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamapreis: Die dreizehngestaltene Mittelzeile ob. deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß d. Inseratannahme in d. Hauptredaktion 8 Uhr; in d. Filialen am Tage vorher, bis spät. 16 Uhr

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 500 99.
Postfachkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Str. 50, Tel. 289 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—18, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialredaktionen: Oletitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Wabersstr. 11, Tel. 1864; Opatowitz, Lunz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlagort Breslau, Verlagsort Breslau. — Verlag: Schief, Verlagsgesellschaft, m.b.H., Bresl. — Druck: „Neubau“, Hl. Breslau, Trebnitz, Str. 54

Die sozialdemokratischen Wahlbetrüger enthüllen sich

SPD. stimmt für Brüning-Diktatur

Die Einheitsfront von SPD. bis Hugenberg stimmt im Ständigen Ausschuss den kommunistischen Antrag auf Rücktritt der Brüning-Regierung und Aufhebung der Notverordnungen nieder 60 Millionen für die Reichen als erstes Steuererbschaft nach den Wahlen beschlossen

Am dritten Tag nach der Wahl. Kaum haben die Straßenreiniger die Berge von Flugblättern mit den Wahlversprechungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien weggefegt. Und schon finden sich die Volksbetrüger von Breitscheid bis Brüning und Hugenberg zur Einheitsfront zusammen, um ihre Versprechungen mit Füßen zu treten und das Gegenteil von dem zu tun, was sie soeben noch ihrem „Stimmvieh“ heilig und teuer gelobten.

Im Ständigen Ausschuss, der wie zum Hohn für die Rechte der Volksvertretung genannt wird, beschloßen die bürgerlichen Parteien mit Unterstützung der SPD., 60 Millionen den Reichen durch Aufhebung des Steuerabzugs bei festverzinslichen Wertpapieren zu schenken und die Diktatursteuern von den Armen rückwärtslos einzutreiben. Die SPD. stimmte offen für die Regierung Brüning, der Artikel-48-Diktatur.

Die Kommunisten fordern Rücktritt der Brüning-Regierung

Die Kommunisten als einzige antikapitalistische Kämpfer forderten den sofortigen Rücktritt der Diktatur-Regierung, deren arbeitersindliche Politik durch die Wahlen am 14. September eine vernichtende Niederlage erfahren hat.

Sie forderten die sofortige Aufhebung der Notverordnungen vom 26. Juli, enthaltend die Regesteuer, Ledigensteuer, Beamtennotopfer, Abbau der Erwerbslosenversicherung, Krankenversicherung und Kriegsoferversorgung, Aufhebung aller Maßnahmen gegen diejenigen, die sich gegen die Diktaturbestimmungen dieser Notverordnungen zur Wehr gesetzt und ihre Durchführung verweigert haben.

Sie fordern sofortige Ueberweisung von 300 Millionen Mark an die Gemeinden zur Unterstützung der angesteuerten Erwerbslosen.

Sie forderten die sofortige Haftentlassung der im Festungsgefängnis eingesperrten neugewählten Abgeordneten Maria Blum.

Sie forderten die sofortige Einberufung des neugewählten Reichstages.

Alle diese Anträge wurden von allen Parteien, einschließlich der SPD., niedergestimmt.

Die SPD. für Millionenerbschaft an die Kuponschneider

Die SPD., die soeben noch ein Millionenerbschaft an die Kuponschneider und Finanzhünen bewilligt hatte — aus demagogischen Gründen stimmte sie „nur“ für einen Großteil des 60-Millionen-Erbschafts und nicht für die vollen 60 Millionen —, diese SPD. trat an die Seite Brünings und Hugenburgs und stimmte für die Fortsetzung und Durchführung des Steuerraubs an den Arbeitern, Angestellten und Beamten, für das Krankenblutgeld, für den Raub an den Erwerbslosen, an den Opfern des imperialistischen Völkergemeinens, an dem die SPD. die Hauptschuld trägt. Ja, diese verbrecherischen Volksbetrüger ließen die Anträge der Kommunisten, die Millionen Ausgebauteter, Hungernden und Kranter in ihren Lebensinteressen betreffen, gar nicht auf die Tagesordnung und zur Beratung gelangen.

Aber mit demselben Eifer, mit dem sie eine Erleichterung der Massenbelastung ablehnten, stimmten sie dem Antrag zu,

Dafür eine Million Arbeitergelder

Gewerkschafter, hast du schon darüber nachgedacht, wozu die aus den Gewerkschaftskassen gestohlene Million von der SPD. benutzt wurde? Für eine politisch bankrotte, niederziehende Partei, für eine Politik, die den Faschisten Nachläufer zutrüb, dafür nahmen sie deine Gelder, die du für den Klassenkampf gabst.

Ueber Gelder muß abgerechnet werden. Rechne du mit den Bonzen über die gestohlene Million gründlich ab.

Kämpfe mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

die Reichen und Satten noch reicher zu machen. Wenige Tage nach der Wahl entlarven sich die Volksbetrüger von neuem. Noch spielen sie mit dem Feuer, in der Hoffnung, daß die Macht der Bourgeoisie noch stark genug ist, die Welle der Empörung, die durch das werttätige Volk geht, niederzuhalten. Wenige Tage nach der Wahl zeigen die sozialdemokratischen Führer, daß die Brüning und Hitler mit ihrer Unterstützung rechnen können. Selten hat sich so offen die sozialdemokratische Partei als Wegbereiterin des Faschismus gezeigt.

Nazi-Führer verteidigen Young-Steuern

Einheitsfront der SPD.- und Nazi-Führer gegen SPD.-Anträge in Dresden

Die Linke der zukünftigen Politik, nach der die SPD.-Führer den Brüning-Kurs in Gemeinschaft mit den Nazis auf dem Gebiete des Steuerraubes verfolgen werden, wird am besten gekennzeichnet durch die Stellungnahme zu den Anträgen der SPD. in den Kommunen. Einen Tag nach der Wahl schon begannen die Helden des III. Reiches in der schamlosesten Weise dieser Politik, die in den Reichstagswahlen bankrott gemacht hat, ihre Reverenzen zu machen.

Preußentotalität beschließt Regesteuer

Ein ungeheuerlicher Hilfsdienst für die Brüning und Hitler als Gegenleistung für Ministerstempel

Das Kabinett der preussischen Otto-Braun-Regierung hat die Durchführung der Notverordnungen der Brüning-Hindenburg beschlossen. Die Gemeindegewerbesteuer, Gemeindegewerbesteuer und Kopfsteuer wird in kürzester Zeit in Preußen eingeführt werden.

Kein Zufall, daß die sozialdemokratische Preußentotalität drei Tage nach den Wahlen als erste und wichtigste Handlung die Durchführung der Massenausplünderung aller Schichten des werttätigen Volkes beschließt. Die Otto-Braun-Regierung will den Brüning und Hitler den Beweis erbringen, daß von ihr und von der gesamten SPD. keinerlei Opposition, sondern im Gegenteil aktive Hilfe bei der Errichtung der faschistischen Diktatur und der verschärften Young-Ausplünderung zu erwarten ist.

Um ihre Ministerstempel in Preußen, wo der SPD. gleichfalls der Fußtritt droht, zu retten, begehrt die sozialdemokratische Partei Verrat auf Verrat an den Interessen der Werttätigen. So zeigt sie sich als unverhüllte Wegbereiterin des Faschismus. Niemals zuvor war die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter, auch der SPD.-Arbeiter, mit dem revolutionären Vortrupp notwendiger als heute, wo die SPD.-Führer die Werttätigen der Hungertatrasche ausliefern.

Selten haben die SPD.-Führer so zynisch diejenigen ermuntert, die sich anschlössen, mit offen faschistischen Methoden zu regieren.

Die 4,8 Millionen kommunistischer Wähler, die am Sonntag über das Young-System der Massenausplünderung ein vernichtendes Urteil fällten, sie werden, verstärkt durch neue Millionen, die noch den Lügen der Klassenfeinde zum Opfer gefallen sind, den Volksbetrüger von Breitscheid bis Hitler ein machtvolles Heer bilden. Der Weg zur Wahlurne wird weiterführen zum Widerstand, zum Kampf, zur offenen Rebellion. Steuerstreik und Steuerboikott wird die Pläne der Steuerräuber vernichten. Streiks in den Betrieben, unterstützt von der Armee der Erwerbslosen, werden das Gerüst des kapitalistischen Hungersystems in den Grundfesten erschüttern, bis der politische Massenstreik dem ganzen Young-System den Todesstoß versetzt. Dazu wird der Streik der Berliner Metallarbeiter ein machtvollbewusster Auftakt sein.

Am Sonnabend wird das rote Berlin anlässlich der Belagerung der von den Mordfaschisten gemeuchelten Proleten durch einen 10-Minuten-Streik seine Kampfbereitschaft gegen den Faschismus bekunden.

In Dresden hatte die kommunistische Fraktion zwei Anträge eingebracht. Der eine forderte den schärfsten Protest gegen die Notverordnung Brünings und die sofortige Zurücknahme derselben, sowie den Beschluß der Nichtdurchführung der auf Grund der Notverordnung erlassenen Gesetze in der Stadtgemeinde Dresden. Ein weiterer Antrag besagt, daß das Stadtverordnetenkollegium die werttätige Bevölkerung zum Steuerstreik auffordert. Weiter ist eine Sondersteuer für Millionäre und alle Vermögen, Besteuerung der Dividenden und sonstiger ausgeschütteten Gewinne in Höhe von 10 Prozent, Sondersteuer von 20 Prozent auf Aufsichtsratsanteile sowie von Einkommen über 20 000 Mark und Einbehaltung aller hohen Beamten- und Angestelltengehälter über 8000 Mark, aller Pensionen über 6000 Mark gefordert.

Der Antrag sieht auch eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen, der Invaliden- und Kriegsoferversicherten, Ausbau der Krankenversicherung, des Mutter- und Säuglingschutzes, Erhöhung der Löhne und Gehälter der schlecht bezahlten Arbeiter und Beamten, vor. Er wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis einheitlich abgelehnt.

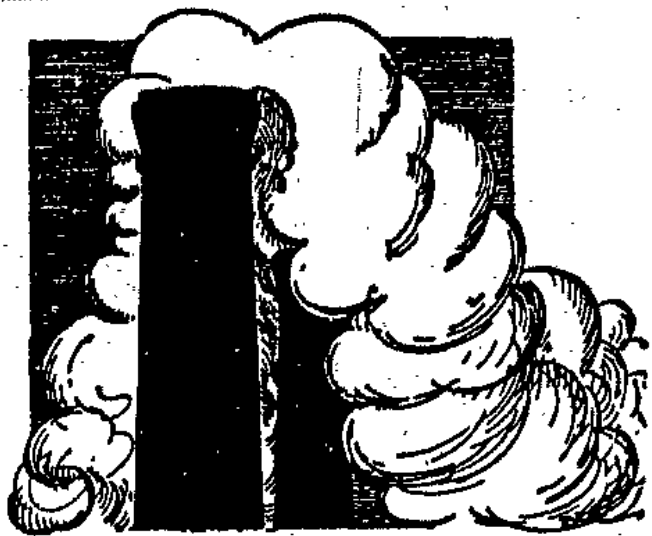
SPD. und Zentrum für Kopfsteuer

Essen, 17. September. (Eig. Bericht.) Ausgerechnet einen Tag nach der Wahl wird ein ungeheurer Anschlag der Koalitions-Stadtverwaltung bekannt: Die Herren Zentrum und SPD.-Beigeordneten planen nicht mehr und nicht weniger, als ab 1. Oktober die Gemeindegewerbesteuer zu erhöhen und die alle schaffigen Volksnahrungsmittel belastende Getränkesteuer einzuführen. Außerdem soll die verächtliche Kopfsteuer rückwirkend für das ganze Jahr 1930 zur Einziehung gelangen. Die Getränkesteuer soll sogar über den Satz der Diktaturverordnung von 5 auf 10 Prozent festgesetzt werden.

Diese Tatsachen zeigen, daß in der Praxis die von Wirth geforderte und von SPD.-Braun propagierte „Koalition aller Vernünftigen“ praktisch schon besteht. Sie geht nicht nur bis Trebrunus und Schiele, sondern wird von den Nazis als Steuereintreiber der Young-Republik flankiert. Dem steht die geschlossene eiserne Front der 4 1/2 Millionen kommunistischer Wähler gegenüber, die zum entscheidenden Stoß auszuholen wird. Der außerparlamentarische Massenstreik, Steuerstreik, Kampf um Lohnerhöhung und Siebenstundentag, politischer Massenstreik sind die Waffen.

Schikanen gegen den Betriebsrat in der Raupenabteilung der Linke-Hofmann-Werke

Überall, wo ein Schloß raucht



mußt du einen Abonnenten werben. Wer KPD. gewählt hat, muß Leser der KPD.-Presse werden — muß Mitkämpfer werden für unser gemeinsames Ziel.

Rote Elternbeiräte in der Sammelschule Ofener Straße

Trotz Drohungen, alle kommunistischen Kinder von der Schule zu entfernen, trotz Ausschusses des Genossen Winkler aus der Elternvereinigung hat sich ein großer Teil der Eltern für uns entschieden.

Demnach erhalten die SPD. 11 und wir 2 Mandate. Gewählt sind die Genossen August Winkler und Gertrud Neumann.

Der Einzug roter Elternbeiräte in der ersten Breslauer Volksschule muß der Auftakt sein, in allen Schulen vorzustoßen, um die Eltern in unsere rote Klassenfront einzureihen.

Aus dem Betrieb der „N. N.“

Wann wird die Betriebsversammlung stattfinden?

A. R. Die zunehmende Verfehlung in den Reihen der Sozialdemokratie ist auch in der Belegschaft der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ zu beobachten.

Gaurennen der Arbeiter-Radfahrer

Der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerverein „Solidarität“ Breslau gibt bekannt: Rennfahrer! Am 21. September findet das Gaurennen auf der Strecke Rosenthal-Oberrigl-Trebnitz-Silberthal statt.

An alle städtischen Arbeiter!

Das Bezirkskomitee der KPD. teilt uns mit: Am 30. September läuft der Lohnzettel der städtischen Arbeiter ab.

Der Betriebsrat der Raupenabteilung bei Linke-Hofmann, Kollege Heinsmann, hat vor einigen Tagen von der Betriebsleitung einen Brief erhalten.

Ihr Verhalten als Arbeiterratmitglied unserer Wt. Raupenbau veranlaßt uns, Ihnen eine ernsthafte Verwarnung zu erteilen. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß, sollten Sie die Art der Auffassung Ihrer Tätigkeit als Arbeiterrat nicht ändern, wir uns gezwungen sehen, gegen Sie mit den uns gesetzlich zur Verfügung stehenden Maßnahmen vorzugehen.

das denkbar größte Entgegenkommen fanden. Wir verlangen in Zukunft, daß Sie sich für die für Ihre Arbeiterratsstätigkeit begründete Abwesenheit während der Arbeitszeit bei Ihrem Meister anmelden.

Kollege Heinsmann ist noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei. Er ist allerdings kein Börgiebel, kein Noske und auch kein Schramm oder Ziegler.

an die Seite der kommunistischen Arbeiter, um im gemeinsamen Vorgehen höhere Löhne, günstigere Arbeitsbedingungen, größere Rechte für die Betriebsräte zu erkämpfen und den Faschismus niederzuzwingen.

Arbeiter, schmiedet die revolutionäre Einheitsfront in den Betrieben! Unter Führung der Kommunistischen Partei — vorwärts!

Wahlergebnisse in den Stimmbezirken

Wir veröffentlichen die Wahlergebnisse aus den restlichen Bezirken. Für die letzten 85 haben wir leider keine Vergleichszahlen.

Table with 6 columns of election results (numbered 271-330) and 6 columns of vote counts.

Table with 6 columns of election results (numbered 331-385) and 6 columns of vote counts.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; den lokalen Teil Franz Reichel, Rangenbielau. — Für Inserate Karl Ganssberg, Breslau. — Verlag: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau.

Advertisement for Gebr. Adler, featuring the text 'Besuchen Sie unsere in allen Stadtteilen befindlichen behaglichen Gaststätten'.

Die Kommunisten haben einen großen Wahlsieg errungen

Schreiben alle Zeitungen. Aber noch glauben Tausende von Arbeitern und Mittelständlern an die Versprechungen der kapitalistischen Parteien, insbesondere der Nazis.

Advertisement for Blandleibhaus Grundmann, featuring the text 'Breslau, Trebnitzer Str. 21'.

